

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Hildebrecht Braun (Augsburg),
Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/5575 –**

Bundeskartellamt personell stärken

A. Problem

Höherer Personalbedarf im Bundeskartellamt aufgrund steigender Arbeitsbelastung insbesondere im Zuge zusätzlicher Aufgabenzuweisungen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion der FDP.

**Mehrheitliche Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen
FDP und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/5575 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Rolf Kutzmutz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rolf Kutzmutz

I.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/5575 – wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Die Entwicklung im Bundeskartellamt ist von einem insgesamt abnehmenden Personalbestand bei gleichzeitig steigender Arbeitsbelastung gekennzeichnet. Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass infolge der Liberalisierung (Energie, Bahn) oder infolge von entsprechenden Zuweisungen (Vergabenachprüfung, Telekom) neue Aufgaben auf das Bundeskartellamt zugekommen sind. Auf absehbare Zeit wird das Bundeskartellamt zusätzlich etwa im Bereich des Gesundheitswesens, der Entsorgungswirtschaft oder auch der Wasserwirtschaft gefordert sein.

Demzufolge soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich 25 Mitarbeiter des höheren Dienstes und 30 Mitarbeiter des gehobenen Dienstes aus dem Bonner Dienstbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in das Bundeskartellamt mit dem Ziel abzuord-

nen, Verfahrensdauern abzukürzen und gründliche Untersuchungen zu gewährleisten.

Gleichzeitig soll das Bundeskartellamt auf absehbare Zeit von den jährlichen Stelleneinsparungen ausgenommen werden.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 90. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/5575 – zu empfehlen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Rolf Kutzmutz

Berichterstatler

